

BEZIRKSHAUPTMANNSCHAFT WOLFSBERG

Bau - / Umwelt- und Forstrecht



Abs: Bezirkshauptmannschaft Wolfsberg, Bau - / Umwelt- und Forstrecht, Am Weiher 5/6, 9400 Wolfsberg

Datum	25.04.2019
Zahl	WO13-ROD-1953/2019 (003/2019) Bei Eingaben Geschäftszahl anführen!
Auskünfte	Mag. Margot Gutschl
Telefon	050 536-66340
Fax	050 536-66200
E-Mail	post.bhwo@ktn.gv.at
Seite	1 von 2

Betreff:

**Bernhard KRAMPL, vlg. Kreuzkogler, Rieding 29, 9431 St. Stefan;
Errichtung eines Rotwildgeheges (Erweiterung) in der KG Rieding;
Rodungsverfahren****Öffentliche Bekanntmachung einer mündlichen Verhandlung**

Wir haben folgende Angelegenheit zu bearbeiten:

Antrag des Herrn Bernhard KRAMPL vlg. Kreuzkogler, Rieding 29, 9431 St. Stefan, vom 16.04.2019 um die Erteilung der forstrechtlichen Bewilligung zur befristeten Rodung von Teilflächen nachstehend angeführter Grundstücke zum Zwecke der Errichtung eines Rotwildgeheges (Erweiterung).

Gst.Nr.	KG	Gesamtfläche	befristete Rodelfläche
535	Rieding	26.677 m ²	450 m ² (Teilfläche 4)
557	Rieding	13.296 m ²	50 m ² (Teilfläche 3)
557	Rieding	13.296 m ²	90 m ² (Teilfläche 2)
558	Rieding	16.543 m ²	280 m ² (Teilfläche 1)
Gesamt			870 m²

Zur Behandlung dieses Ansuchens wird eine **mündliche Verhandlung** anberaumt.

Ort: Treffpunkt beim Anwesen Krampfl vlg. Kreuzkogler, 9431 Rieding 29	
Datum: Donnerstag, den 23. Mai 2019	Zeit: 13.30 Uhr

Beteiligte können persönlich zur Verhandlung kommen, an ihrer Stelle eine bevollmächtigte Person entsenden oder gemeinsam mit der von ihnen bevollmächtigten Person an der Verhandlung teilnehmen. Bevollmächtigte Person kann eine eigenberechtigte natürliche Person, eine juristische Person oder eine eingetragene Personengesellschaft sein. Personen, die unbefugt die Vertretung anderer zu Erwerbszwecken betreiben, dürfen nicht bevollmächtigt werden.

Die bevollmächtigte Person muss mit der Sachlage vertraut und voll handlungsfähig sein und sich durch eine schriftliche Vollmacht ausweisen können. Die Vollmacht hat auf Namen oder Firma zu lauten.

Eine schriftliche Vollmacht ist nicht erforderlich,

- wenn der/die Beteiligte sich durch eine zur berufsmäßigen Parteienvertretung befugte Person (zB einen Rechtsanwalt/eine Rechtsanwältin, einen Notar/eine Notarin, einen Wirtschaftstreuhänder/eine Wirtschaftstreuhänderin oder einen Ziviltechniker/eine Ziviltechnikerin) vertreten lässt,
- wenn die bevollmächtigte Person ihre Vertretungsbefugnis durch ihre Bürgerkarte nachweist,
- wenn sich der/die Beteiligte durch uns bekannte Angehörige (§ 36a des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 – AVG), Haushaltsangehörige, Angestellte oder durch uns bekannte Funktionäre/Funktionärinnen von Organisationen vertreten lässt und kein Zweifel an deren Vertretungsbefugnis besteht oder
- wenn der/die Beteiligte gemeinsam mit der bevollmächtigten Person zur Verhandlung kommt.

Beteiligte können während den Amtsstunden in die Projektunterlagen (Lageplan) Einsicht nehmen:

Ort der Einsichtnahme:

Bezirkshauptmannschaft Wolfsberg, Bau-, Umwelt- und Forstreferat, Zimmer 2.26

Datum:

von Montag bis Freitag in der Zeit von 08.00 bis 12.00 Uhr

Rechtsgrundlagen:

§§ 17 ff und 170 Abs 1 des Forstgesetzes 1975, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 56/2016
§§ 40 bis 42 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 - AVG, BGBl. Nr. 51/1991, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 58/2018

Zutreffendes ist angekreuzt !

Abgesehen von der persönlichen Verständigung der uns bekannten Beteiligten wird die mündliche Verhandlung durch

- Anschlag an der Amtstafel der Gemeinde und der Bezirkshauptmannschaft Wolfsberg sowie
- elektronisch unter www.ktn.gv.at/45990_DE-Bezirke-BH-Wolfsberg

kundgemacht.

Gemäß § 42 Abs 1 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 – AVG verlieren in diesem Verfahren Beteiligte, die nicht spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung bei der Behörde oder während der Verhandlung Einwendungen erheben ihre Stellung als Partei. Außerhalb der Verhandlung schriftlich erhobene Einwendungen müssen spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung bis zum Ende der Amtsstunden bei uns eingelangt sein.

Wenn ein Beteiligter/eine Beteiligte jedoch durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis verhindert war, rechtzeitig Einwendungen zu erheben und ihn/sie kein Verschulden oder nur ein milderer Grad des Versehens trifft, kann er/sie binnen zwei Wochen nach Wegfall des Hindernisses, das ihn/sie an der Erhebung von Einwendungen gehindert hat, jedoch spätestens bis zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Entscheidung der Sache, bei uns Einwendungen erheben. Diese Einwendungen gelten dann als rechtzeitig erhoben. Bitte beachten Sie, dass eine längere Ortsabwesenheit kein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis darstellt.

Für den Bezirkshauptmann:

Mag. Margot Gutsch

LAND  KÄRNTEN

Dieses Dokument wurde amtssigniert. Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur finden Sie unter: <https://www.ktn.gv.at/amtssignatur>. Die Echtheit des Ausdrucks dieses Dokuments kann durch schriftliche, persönliche oder telefonische Rückfrage bei der erledigenden Stelle während ihrer Amtsstunden geprüft werden.